



10 Punkte-Plan für ein stärkeres Sicherheitsgefühl der Menschen in Bremen

Die Menschen in unserer Stadt fühlen sich unsicher. Wir haben einen Plan, um das zu ändern:

1. Ausbau der Videoaufklärung an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Bremer Hauptbahnhof und der Innenstadt

Zahlreiche Presseberichte über Raubdelikte, beispielsweise in der Bremer Innenstadt, zeugen von der desolaten Sicherheitslage Bremens. Die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 belegen den Anstieg der Raubdelikte in der Stadtgemeinde Bremen von 710 im Jahr 2021 auf 844 im Jahr 2022. Oftmals können diese Straftaten, die für die Opfer sehr traumatisierend sind, nicht aufgeklärt werden, weil alles zu schnell ging und keine Täterbeschreibung vorliegt. Videoaufklärung könnte in solchen Fällen ein wichtiges Instrument der Kriminalitätsbekämpfung sein. Wir dürfen in Bremen keine No-Go-Areas zulassen.

Die Videoaufzeichnung, gerade an Kriminalitätsschwerpunkten kann zum einen zur Abschreckung und damit zur Prävention von Straftaten dienen, zum anderen aber auch nachhaltig bei der Aufklärung selbiger helfen. Es gibt unzählige Fälle, in denen diese Beweismittel zur Identifizierung der Täter führen konnten, bspw. beim Übergriff auf eine Transfrau in einer Bremer Straßenbahn. Wir wollen daher:

- Ausbau der Videokameras in Bremen
- Dashcams in allen Polizeiautos
- Bodycams der Polizei immer im Einsatz
- Drohne(n) endlich in Betrieb nehmen

2. Zukunftsgipfel für eine gelungene Integration

Laut Bremer Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2022 begehen knapp ein Viertel der Straftaten im Land Bremen Menschen unter 21 Jahre. Beinahe die Hälfte aller Straftaten werden von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit begangen, da sind die Deutschen mit Migrationshintergrund noch nicht eingerechnet. In letzter Zeit kam es vermehrt zu körperliche Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen bei normalen Freizeitaktivitäten wie Kinobesuchen oder einer Eisdisco. Auch der Übergriff auf eine Transfrau in einer Bremer Straßenbahn im Sommer letzten Jahres wurde durch eine Gruppe Jugendlicher mit Migrationshintergrund begangen. Gerade im Bereich der Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen, also in der Öffentlichkeit, sind 51,8% Nichtdeutsche Tatverdächtige, bei schwerem Raub sogar 58,6%.

Der erste Schritt ist es die Missstände und den zum Teil fehlenden Anpassungswillen klar zu benennen. Zweiter Schritt muss es sein, dafür zu sorgen, dass es nicht so bleibt. Wir müssen uns um diese Kinder und Jugendlichen kümmern, je eher desto besser. Wir müssen den jungen Menschen, die voraussichtlich ihr Leben lang in Deutschland und vermutlich auch in Bremen bleiben werden, Alternativen für ihre Zukunft aufzeigen. Für die Sicherheitsstruktur sind alle Senatsressorts gemeinsam in der Verantwortung und müssen an einem Strang ziehen, gerade der Bildungsbereich muss bei der Gewaltprävention sensibilisiert werden.

Um mit den verantwortlichen Akteuren zu sprechen und den Kindern und Jugendlichen Zukunftsperspektiven abseits der Kriminalitätskarrieren aufzuzeigen, möchten wir einen Zukunftsgipfel im Land Bremen initiieren. Daran sollen alle wichtigen Institutionen beteiligt werden wie bspw. das Jugendamt, die Justiz, der Rat für Integration, Schulen und Kitas, Religionsgemeinschaften, Polizei, BSAG, Kulturveranstalter usw., um gemeinsam Lösungsansätze und Strukturen zu entwickeln für ein besseres und sicheres Zusammenleben.

3. Mehr Sicherheit im ÖPNV

Zum alltäglichen Leben gehört es für die meisten Bremerinnen und Bremer mit Bus und Bahn zur Arbeit, zu Freunden oder auch zu ihren Freizeitaktivitäten zu fahren. Dabei jedoch jedes Mal ein mulmiges Gefühl haben zu müssen, ob mal wieder etwas bei einer solcher Fahrt passieren könnte, wollen wir nicht mehr! Das gleiche Unsicherheitsgefühl verspürt zunehmend auch das Personal des ÖPNV, das in den letzten Jahren immer häufiger zum Opfer von verbalen und körperlichen Angriffen wurde. Wir brauchen daher verstärkt Sicherheitspersonal in allen Bussen und Bahnen in Bremen mindestens in

den Abendstunden ab 20 Uhr und vor allem an den Wochenenden. Notrufknöpfe und Kameras müssen ebenfalls in allen Verkehrsmitteln mehrfach vorhanden, funktionsfähig und gut sichtbar sein. Zudem sollen alle Haltestellen mit Videokameras ausgestattet werden, da sich immer häufiger Übergriffe bereits vor Fahrtantritt an den Wartepunkten entzünden.

4. Ausweitung der Waffenverbotszone

Es gibt aus unserer Sicht keinen nachvollziehbaren Grund ein Messer oder eine Schusswaffe bei sich zu tragen, es sei denn man braucht diese zur Ausübung seines Berufes, als Jäger oder Sportschütze. In diesen Fällen hat man einen Waffenschein, der dazu berechtigt diese auch bei sich zu führen. In allen anderen Fällen ist keine Waffe nötig und es sollte daher geprüft werden, ob man an weiteren Kriminalitätsschwerpunkten in der Stadtgemeinde Bremen, wie der Grohner Dühne, Haltestellen wie dem Roland Center, im Viertel oder auch an der Schlachte, das Tragen von Waffen verbieten kann. Ziel der Waffenverbotszonen ist es, die objektive Sicherheit zu erhöhen, das rechtswidrige bei sich führen von Waffen leichter zu ahnden und das Sicherheitsgefühl der Menschen in Bremen zu verbessern.

5. Den digitalen Fortschritt nutzen

Der Bremer Senat hat es leider verschlafen die Polizei im Bereich Digitalisierung schlagkräftig aufzustellen. Statt neueste Technik im Kampf gegen Verbrechen einzusetzen, wird in der Behörde noch immer mit Vorliebe gefaxt. Was jedoch alles möglich ist, zeigen uns andere Bundesländer nur zu eindrucksvoll. In Hessen gibt es den „Innovation Hub 110“, der bei der Entwicklung und Implementierung von Digitalisierungs- und IT-Projekten unterstützt, Schleswig-Holstein stellt gerade ihre eigene Cyberstaffel bei der Polizei auf, NRW ist im Kampf gegen Kinderpornografie mit Künstlicher Intelligenz ganz vorne dabei. All diese Maßnahmen wollen auch wir endlich für Bremen einführen:

- eine Cyberstaffel der Polizei, die ausschließlich Straftaten im Internet bekämpft
- eine Gesetzesgrundlage zur Mindestdatenspeicherung
- Künstliche Intelligenz, gerade im Bereich der Auswertung von kinderpornografischem Material und Programme wie „PRECOBS“ zur Kriminalitätsvorhersage

- Smartphones für alle Polizisten, die mit Apps ausgestattet sind, um direkt am Einsatzort den Großteil der administrativen Arbeit erledigen zu können
- W-Lan an allen Polizeistandorten
- eine Digitalisierungsplattform

6. Beschleunigte Verfahren

Im Land Bremen kennt man sich mit Katastrophenmeldungen im Bereich Innere Sicherheit aus: die Aktenhalde bei der Polizei über 22.000 Fälle; wieder Klimakleber am Rembertiring; Drogenszene am Bremer Hauptbahnhof artet aus; Bremerhaven wird zum Kokainumschlagsplatz; Aufklärungsquote bei der Kriminalität sinkt erneut. Mit diesen alltäglichen Schlagzeilen hat man sich als Bremerin und Bremer traurigerweise bereits abgefunden. Wenn dann doch mal ein Strafverfahren stattfindet, wird es in der Regel eingestellt aufgrund der langen Zeit, die seit der Tat vergangen ist und der dadurch schwierigen Beweismittellage bspw. durch Zeugen, die sich nicht mehr erinnern. Welches Bild bleibt da von einem durchsetzungsfähigen Rechtsstaat? In diesen Zeiten nur Entkriminalisierungsdebatten zu führen, wie die rot-rot-grüne Regierung, ist der falsche Weg und das Eingestehen, dass der Rechtsstaat in Bremen versagt. Wir wollen das ändern durch schnelle Strafverfahren, insbesondere bei Alltagskriminalität, um das Vertrauen der Menschen in den funktionierenden Rechtsstaat zurückzuerlangen.

Gefasste Straftäter sollen bei eindeutiger Beweislage sofort vor einen Richter gestellt werden können, wozu es auch verstärkte personelle Ressourcen braucht. Durch den Gebrauch von beschleunigten Verfahren könnte so zum einen die abschreckende Wirkung der Verurteilung der Täter greifen und zum anderen das Sicherheitsgefühl aller Menschen wieder gestärkt werden, wenn sie sehen es passiert auch in Bremen was, wenn man gegen Gesetze verstößt.

7. Echtes Haus des Jugendrechts

In vielen anderen Bundesländern wie Niedersachsen, Hessen, NRW oder Rheinland-Pfalz hat sich die Einrichtung eines Hauses des Jugendrechts bewährt. Auch für Bremen halten wir das für die richtige Antwort auf die stark gestiegenen Zahlen der kriminellen Jugendlichen, um sie wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Bislang wurde in Bremerhaven nur ein digitales Haus des Jugendrechts eingesetzt, was in Zeiten der Corona-Pandemie als Zwischenlösung legitim war, jedoch kein Definitivum sein kann. Es muss ein echtes Haus des Jugendrechts geschaffen werden, bei dem alle

Akteure, wie das Jugendamt, die Polizei, die Staatsanwaltschaft, der Täter-Opfer-Ausgleich, die Bewährungshilfe und auch Bildungsträger unter einem Dach sitzen, um gemeinsam schnell und wirksame Lösungen zu erarbeiten und damit Jugendkriminalität schneller zu bearbeiten und damit neue Taten zu verhindern. Damit wird auch angestrebt das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu stärken.

8. Polizeipräsenz mit allen (Einsatz)-Mitteln

Wie man es dreht und wendet, die Bremer Polizei hat zu wenig Personal. Möchte man Einsatzstärke am Bremer Hauptbahnhof zeigen, bleiben die Akten bei der Kriminalpolizei liegen. Will man vermehrt Streife fahren oder stärker gegen Drogenhandel in den Häfen vorgehen, fällt die Arbeit der KOPs hinten über. Der Aufwuchs bei der Polizei ist nicht groß genug, um die Altersabgänge zu kompensieren.

Der Innensenator schafft es nicht für personelle Entlastung zu sorgen. Viel mehr nimmt er der Polizei noch Einsatzmittel und setzt in seiner Regierungskoalition keine neuen zusätzlichen durch. Wir stehen an der Seite der Polizei und setzen uns für mehr Personal und vor allem adäquate Einsatzmittel ein, um sie bestmöglich im Kampf gegen Kriminelle zu schützen und aufzustellen:

Wir wollen für die Bremer Polizei:

- verstärkte Einstellung in den Nichtvollzug zur Entlastung des Personalkörpers
- eine gesetzliche Regelung, um die Hundestaffel wieder einsetzen zu können
- das Polizeigesetz im Bereich Datenschutz von überflüssigen Normen befreien und dabei freiwerdendes Personal sinnvoll einsetzen, gleiches gilt für Kontrollquittungen
- Taser für die Bremer Polizei als wirksames Einsatzmittel zwischen Schlagstock und Schusswaffe
- Drohnen endlich einsetzen und hierfür eine Gesetzesgrundlage schaffen
- die Ausbildungskapazitäten bei der Polizei ausweiten, kurzfristig im Rahmen der Übernahme von Auszubildenden durch Niedersachsen, langfristig durch Errichtung einer eigenen Polizeiakademie
- durch mehr Personal sind auch Schwerpunkteinheiten wieder möglich bspw. zur Bekämpfung von Clan-Kriminalität, Kinderpornografie, Straftaten gegen ältere Menschen, Jugendgewalt, Hassstraftaten usw.

9. Konsequente Rückführung von Straftätern

Bremen gilt als weltoffene und bunte Stadt, die den Menschen aus anderen Ländern die Chance bietet, hier eine neue Heimat zu finden. Dabei ist es verpflichtend, dass gewisse Grundsätze und Regeln des Zusammenlebens und insbesondere die Gesetze eingehalten werden. Menschen, die wiederholt straffällig werden und auch keine Bleibeperspektive in Deutschland haben, müssen konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Rechtsstaatlichkeit gehört für uns auch zu einer gelungenen Migration. Wir fordern daher:

- die konsequente Rückführung von ausländischen Straftätern aus der Strafhaft
- Nachhaltige Anstrengungen bei der Identitätsfeststellung
- Intensive Zusammenarbeit mit den „Rückführungsländern“, um diese zur Aufnahme ihrer Staatsbürger zu bewegen

10. Sauberkeitsoffensive

Zu einer sicheren Stadt gehört auch ein sauberes Stadtbild. Gerade im Bereich der Innenstadt und des Bahnhofumfeldes kommt es zunehmend zu immer stärkeren Vermüllungen: zerbrochene Fensterscheiben in Geschäften, herumliegendes Spritzbesteck, Uringestank, Essenreste usw. wirken wenig einladend auf Bremens Gäste. Bereits bei der Ankunft am Bremer Hauptbahnhof sollte eine gefühlte Willkommenskultur herrschen und nicht der Gedanke „Wann kann ich diese Stadt endlich wieder verlassen.“

Wir wollen, dass Bremen wieder zu einer Flanierstadt mit echter Aufenthaltsqualität wird und setzen uns für folgendes ein:

- eine deutliche Erhöhung der Reinigungsintervalle
- die Aufstockung des Ordnungsdienstes, um Ordnungswidrigkeiten wie illegale Müllentsorgung konsequenter ahnden zu können
- Videoaufklärung bei Vandalismus und Sachbeschädigung, um die Täter zur Rechenschaft zu ziehen und auch finanziell in Anspruch zu nehmen
- Konsequente Erteilung von Platzverweisen für wiederholt in Erscheinung tretende Müllsünder